

17. JULI 2017 - AKTUELLES

## kfd-Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl: "Politik geschlechtergerecht"



Auf dem Podium im Maxhaus diskutierten (v.l.) Sylvia Pantel (MdB, CDU), Dr. Heide Mertens (kfd-Bundesverband, Moderatorin der Podiumsdiskussion), Kerstin Griesse (MdB, SPD) und Katja Dörner (MdB, Bündnis 90/ Die Grünen) Die kfd-Bundesvorstandsmitglieder Ulrike Göken-Huisman (links) und Lucia Maria Lagoda (Mitte) mit den Podiumsteilnehmerinnen Sylvia Pantel (2.v.l.), Katja Dörner (2.v.r.) und Kerstin Griesse (rechts) im Düsseldorfer Maxhaus. © Fotos: kfd/Andi Werner

Bundestagskandidatinnen diskutierten am 14. Juli im Düsseldorfer Maxhaus über Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat der kfd-Bundesverband am 14. Juli 2017 zur Podiumsdiskussion "Politik geschlechtergerecht" mit Bundestagskandidatinnen ins Maxhaus nach Düsseldorf eingeladen.

Zum Thema Arbeitszeitmodelle für Eltern und pflegende Angehörige, Kindergeld und Kindergrundsicherung sowie Rentenpolitik diskutierten Katja Dörner (MdB, Bündnis 90/ Die Grünen), Kerstin Griesse (MdB, SPD) und Sylvia Pantel (MdB, CDU) mit Mitgliedern des kfd-Bundesvorstandes, der Diözesanvorstände Essen, Köln, Paderborn und Aachen sowie dem Vorstand des kfd-Stadtverbandes Düsseldorf und mit weiteren interessierten kfd-

Frauen.

"Zwei Drittel der jungen Eltern wollen sich Erwerbsarbeit und Familie teilen. Das verstehen wir als Auftrag an die Politik, Rahmenbedingungen dafür herzustellen", sagte Katja Dörner (Bündnis 90/ Die Grünen) in ihrem Eingangsstatement. Sie erläuterte das Wahlarbeitszeitgesetz, das im Wahlprogramm der Grünen steht. ArbeitnehmerInnen sollen ihre Arbeitszeit nach entsprechenden Ankündigungsfristen um bis zu 10 Stunden zwischen 30 und 40 Stunden variieren können.

Kerstin Griese griff den Gesetzentwurf für ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit auf. Arbeitsministerin Andrea Nahles hatte diesen Anfang des Jahres 2017 auf den Weg gebracht, allerdings scheiterte er im Mai vorerst. "Ein Rückkehrrecht nach Teilzeit bringt gleichstellungspolitisch noch mehr als das Entgelttransparenzgesetz", so Griese.

Darüber hinaus verfolge die SPD in ihrem Regierungsprogramm ein Familienarbeitszeitmodell, bei dem Eltern, die ihre Vollzeitarbeit beide um wenige Stunden verringern, einen Ausgleich von je 150 Euro im Monat erhalten können. So sollen partnerschaftliche Modelle der Teilung von Familien- und Erwerbsarbeit gefördert werden.

Sylvia Pantel (CDU) setzte demgegenüber mehr auf individuelle Verhandlungen innerhalb der Familien und mit den ArbeitgeberInnen: "Wir wollen Eltern nicht vorschreiben, wie sie arbeiten wollen." Sie verwies auf den aktuellen Arbeitskräftebedarf und darauf, dass die meisten Frauen gar nicht von Teilzeit auf Vollzeit wechseln wollten. (Zum CDU/CSU-Regierungsprogramm)

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen die Bundestagskandidatinnen darüber, wie bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit in den Familien und in der Pflege besser anerkannt werden können. Einig waren sich die Politikerinnen darin, dass ein dritter Entgeltpunkt für Kindererziehung für vor 1992 geborene Kinder nur steuerfinanziert erreicht werden könne.

Beim Thema pflegende Angehörige stimmten die Politikerinnen mit der kfd überein, dass die Rentenanwartschaften der Pflegenden erhöht und ihnen auch nach dem Eintritt ins Rentenalter Rentenanwartschaften angerechnet werden müssen.

Die Bundestagskandidatinnen versprachen, sich weiter stärker für die so genannten SAHGE Berufe (Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, Haushaltsbezogene Dienstleistungen sowie Erziehung und Bildung) einzusetzen. Die Forderung der kfd nach einer staatlichen Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen, um diese aus der

Schwarzarbeit in sozialversicherte, fair bezahlte, aber auch bezahlbare Arbeitsverhältnisse zu überführen, wurde von den Podiumsteilnehmerinnen ebenfalls interessiert aufgenommen.

## Weitere Informationen

Am 24. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Die kfd unterstützt ihre Mitglieder darin, informierte Wahlentscheidungen zu treffen. Im Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl ruft die kfd dazu auf, die Programme der Parteien zu prüfen und mit den Kandidat/innen für den Bundestag zu sprechen.

Sie möchten eine Podiumsdiskussion im Rahmen der Bundestagswahl veranstalten? Auf der kfd-Projektseite zur Bundestagswahl gibt es hierzu hilfreiche Tipps.

Sie können auf der Seite außerdem die Wahl- und Regierungsprogramme von CDU, SPD, Bündnis90/ Die Grünen, FDP, Linken und AfD herunterladen. Zudem werden dort zu sechs verschiedenen kfd-Themen die Positionen der genannten Parteien den Positionen der kfd gegenübergestellt.

 [Zur kfd-Projektseite zur Bundestagswahl](#)

 [Mehr Eindrücke von der Podiumsdiskussion gibt es in unserer Fotogalerie](#)

### KONTAKT

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband e.V.

Prinz-Georg-Straße 44  
40477 Düsseldorf

Telefon: 0211 44992-0

Fax: 0211 44992-52

[kontakt@kfd.de](mailto:kontakt@kfd.de)